

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

erschien an jedem Werk-
tag, Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter
und Postboten entgegen
Preis vierteljährlich
mit Anzeigen M. 4.50
einmalig M. 4.80
einmalig der Postgebühren
Monatlich nach Verhältnis
Nagold-Bezirk für die
ausfallige Stelle aus
erhöhter Gebühr, oder
deren Raum bei einmali-
ger Einschickung 25 Pf.
bei mehrmaliger, Rabatt
nach Tarif. Bei gerichtl.
Beitragung u. Konkursen
von Robert Hübner.

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.
Es wird keine Gewähr
übernehmen, daß Anzeigen
überbieten zu bestimmten
Zwecken eher zu den ge-
wöhnlichen Werten gelangen.
In Fällen von höherer Be-
deutung ist ein Vorbehalt
über die Stellung über die
Möglichkeit der Bezahlung
für sich selbst, Kostträger wird
nicht Gewähr übernommen
Telegraphische Adressen:
Gefellschaffer Nagold
Postfachkonto:
Nagold 5113.

Nr. 30

Freitag den 6. Februar 1920

Preis pro Heft 20

94. Jahrgang

Um Deutschlands Ehre.

Die Auslieferungsforderung ist in das entscheidende Stadium getreten. Alle Warnungen, die von Deutschland, von neutralen und sogar von feindlichen Seite an die Entente ergangen sind, wurden von dieser in den Wind geschlagen. Frankreich vor allem besteht auf seinem Schein, und sein noch immer ungeklärter Nachdruck sehr alles daran, um das letzte Bischen deutscher Ehre, das uns der Schmach und Gewalttätigkeiten von Versailles gelassen hat, in den Staub zu treiben. Was kümmert es die französische Nachente, wenn infolge des allein Rechtsempfindens ins Gesicht schlagenden Auslieferungsforderungen in dem wirtschaftlich schwer leidenden Deutschland neue Erschütterungen und neue Unruhen entstehen! Wohl hat Deutschland im heißen Juni 1919 unter dem Zwange der drohenden Kanonen den Friedensvertrag mit all seinen Auswüchsen der Rache und des Hasses unterzeichnet. Es tat dies, weil ihm keine andere Wahl blieb, wenn eine weitere schwere Bedrückung des Volkes vermieden werden sollte. Aber zur selben Stunde, in der die deutsche Regierung die Unterzeichnung des furchtbarsten aller Verträge beschloß, ließ sie keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie zwar den Vertrag nach bestem Vermögen ausführen wolle, um die Ehrlichkeit des guten, friedlichen Willens Deutschlands zu erweisen, daß aber die restlose Erfüllung des Vertrages unmöglich sei. Heute zeigt sich schon, kaum daß der Vertrag recht in Kraft getreten ist, daß dem ehrlichen Willen Deutschlands unüberwindliche Hindernisse in den Weg gebaut sind.

Die monatliche Weigerung des Reichsherrn von Versner, eine Hand zur Auslieferung Deutschlands an die feindliche Rache zu bieten, und sei es auch nur durch Uebermittlung der Rufe der „Schuldigen“ nach Berlin, erscheint uns wie ein letzter, eindringlicher Appell an die Vernunft und die Ritterlichkeit der Entente. Umsofort! Mitterand sagte die Weigerung als eine private Willensäußerung Versners auf und erklärte, sie werde keine Veränderung oder Störung in der eingeleiteten Aktion zur Folge haben. Die Würfel des Schicksals rollen!

Wir können die Haltung von Versner nicht als die bedeutungslos private Tat eines Beamten ansehen. Sie erscheint uns vielmehr symptomatisch für die Auffassung des deutschen Volkes. So wie der Einzelne gestern sich weigerte, die Hand zu einer erbärmlichen Schmachung Deutschlands zu bieten, so werden es morgen hundert, tausend u. Millionen andere tun. Aber immerhin muß gesagt werden, daß durch die Weigerung Versners die Gefahr nicht beschworen ist. Der französische Geschäftsträger in Berlin wird nun das Dokument der Schande der deutschen Regierung übergeben, zur Stunde, in der diese Jellen in Druck gehen, hat er dies vielleicht schon getan. Die deutsche Regierung, die in ihrer Note vom 25. Januar, die wir weiter unten abdrucken, eine ungewöhnliche Warnung an den Verband des Hasses hat ergehen lassen, muß das Auslieferungsforderungen entgegen nehmen. Was der Vorsitzende der Friedensdelegation tun konnte, um dann dem Schluß abzutreten, das kann für die Regierung als solche nicht in Frage kommen. Sie kann keine Vogel Strauß-Politik treiben, sondern muß die Gefahr erkennen und dazu ist es nötig, daß sie die ungeheuerlichen Schriftsätze der Entente entgegennimmt, um dann die Abwehrstellung einzunehmen die ihr von Deutschlands letzter Ehre vorgezeichnet wird.

Es geht nicht um das Schicksal der Röhmer, die die Rufe nennt und die doch nichts weiter getan haben, als das, was auf der anderen Seite von Männern des gleichen Ranges und Standes täglich und stündlich auch getan worden ist, es geht um Deutschlands letzte Ehre.

Deutschlands Warnung und Gegenvorschlag an die Entente.

Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:
Die deutsche Regierung hat den Regierungen der a. und a. Hauptmächte anfangs November o. J. die vorläufigen, nicht verbindlichen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in dem Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der a. und a. Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Veranschaulichung dieser Darlegung noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsforderungen der a. und a. Regierungen in Deutschland zweifellos die schwerste Erschütterung nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete auslösen müßten. Insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohlen, zu ergreifen im Begriffe steht, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen. In der Aufzeichnung vom 5. November o. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und

praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die a. und a. Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritte der deutschen Regierung erhalten, die erneut ihren ernststen Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck abgeschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Einträge der letzten Woche nur noch verstärkten Ueberzeugung von dem außerordentlichen Ernste der Situation hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Ueberlegung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Weg und gibt demgemäß folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutsche, die ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verbrechen gegen die Geseze und Gebrauche des Krieges schuldig genannt werden, unerbittlich ein Strafverfahren auf Grund des zu überlegenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Geseze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegen stehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze und so weiter aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten oder assoziierten Regierung das Recht eingeräumt sein, an dem Verfahren sich unmittelbar zu beteiligen. Ueber den Umfang dieser Beteiligung würde eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre zum Beispiel eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die Beteiligten alliierten oder assoziierten Mächte dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beibringen, der demselben wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftsätzen und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweismittel vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen sowie überhaupt Anträge zu stellen, und für die Interessen der verurteilten Partei zu plädieren. Allen von den Vertretern gestellten Beweisansprüchen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege, und nur auf diesem Wege, die den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages zu Grunde liegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte dem entgegen auf der Auslieferung der angeklagten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldig fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

Die Regierung erklärt: Unmöglich.

Berlin, 4. Febr. Die Reichsregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsforderung geschaffenen Lage beschäftigt. Durch die Weigerung des Herrn v. Versner, Note und Liste entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht im Besitz der beiden Schriftsätze, jedoch haben die Beratungen, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfanden, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt der aus der am 25. Jan. in Paris überreichten und inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen Unterzeichnung des Friedensvertrages keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiter notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

Wahret die Würde!

Der Oberbefehlshaber Roste erteilt folgende Kundgebung:
Die Würde bewahren! So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbefehls der Entente-

regierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch infolge bewahrt wird, daß jede Befristung von Mitgliedern der fremdländischen Kommissionen und militärischen Missionen unterbleibt, sodas ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Der Oberbefehlshaber: (gez.) Roste.
Berlin, den 5. Februar 1920.

Was die Presse sagt.

Berlin, 4. Febr. Die heutigen Veröffentlichungen der Reichsregierung in der Angelegenheit der Auslieferung von Deutschen an die Entente werden zunächst nur von einigen Abendblättern besprochen. — Der „Vorwärts“ führt aus, die deutsche Regierung könne einen Versuch zur Ausführung der Vertragsbestimmungen nicht unternehmen, ohne den schwersten inneren Kampf zu entfesseln. Einen solchen Kampf könne man aber nur führen, wenn man die Mehrheit des Volkes zur Seite habe. Selbst eine bolschewistische Regierung von der Art der feinerzeitigen Münchener Räteregierung würde sich kaum bereit finden lassen, Deutsche an eine fremde Gerichtsbarkeit anzuliefern. In Deutschland habe man nicht die geringste Lust, eine Katastrophepolitik zu treiben. Eine solche Politik treiben aber diejenigen, die Forderungen stellen, ohne die Folgen zu bedenken, die jeder Versuch ihrer Erfüllung mit sich bringen müßte. Das „Lageblatt“ bemerkt, sage man es jetzt ein, welche ungeheure Torheit es war, den unerfüllbaren Friedensvertrag zu unterzeichnen, und möhin uns die Leute geführt haben, die feinerzeit nicht schnell genug unterzeichnen konnten, ohne den Versuch eines Widerstandes zu machen? Die „Post“ sagt, von Versner habe aus dem Herzen des ganzen deutschen Volkes heraus gehandelt, wenn er das Schanddokument nicht angenommen habe. Er habe ein Beispiel dafür gegeben, wie jeder Deutsche in dieser Frage zu handeln habe, der Ehre ihm Herzen und sein Vaterland lieb habe. — Der „Volksanzeiger“ legt dar, die Schmach werde vom deutschen Volke nicht getragen werden. Wohl werde es möglich sein, auch in diesem Falle ruhiges Blut zu bewahren, um das Nötige mit Erfolg ins Werk zu setzen. Das Blatt hofft, daß die neueste Tat der Ententemänner die deutsche Regierung nicht unvorbereitet treffen werde. Auf dem Spiele stehe nicht das Einzelschicksal von 900 guten Deutschen, sondern das gesamte Schicksal der deutschen Nation, ihre Ehre und ihre Zukunft. Die „Tägliche Rundschau“ betont, mit dem heutigen Tage habe die Katastrophe angefangen. Wie sie enden werde, sei nicht zu übersehen.

Aus den Morgenblättern liegen noch folgende Kränkungen vor:

Im „Vorwärts“ heißt es, das Kabinett habe einstimmig beschlossen, auf dem Standpunkt der Note vom 25. Januar zu beharren. Diese Note gebe nicht Meinungen wieder, sondern stelle Tatsachen fest, die durch Mehrheitsbeschlüsse nicht geändert werden könnten. Man könne wohl einen Menschen mit vorgehaltener Pistole zum Versprechen zwingen, er werde auf den Mond fliegen, aber man werde ihn auch durch verstärkte Drohungen nicht dazu bringen, dieses Versprechen auszuführen.

Freiherr von Versner habe mit seiner Ablehnung, sich als Exziter in den Scherzgedienste der Entente zu stellen, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, das Einzige getan, was er als deutscher Beamter habe tun können. In dieser Stunde komme es darauf an, ob zum letzten Mal der deutsche Stolz siege über alle Kleinlichkeit, über persönliche und parteipolitische Rücksichten und sich noch einmal wiederfinde in dem geschlossenen Widerstand gegen das Unterfangen der Entente.

Die „Tägliche Rundschau“ ausführt, wird das deutsche Volk vor die härteste Probe gestellt. Es werde aus dieser siegreich hervorgehen, wenn es lieber Niederträchtiges leiden als Niederträchtiges tun wolle. An dem festen Willen des ganzen Volkes, sich nicht selbst zu enteignen, müsse der Verhandlungsführer der Entente abprallen.

Die „Germania“ schreibt: Der Deutsche sieht sich heute nicht weniger denn ehelos. Das mag man in Paris wohl bedenken, wenn man zur letzten Entscheidung kommt. Auch der Ententebogen ist nicht gegen die Folgen des Ueberstehens gefeilt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, daß die Reichsregierung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen habe, die Undurchführbarkeit der Auslieferung von Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen und eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdende Regelung der Angelegenheit herbeizuführen.

Eine vernünftige englische Betrachtung.

Amsterdam, 4. Febr. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel zu der Frage der Auslieferung der Deutschen, die beschuldigt sind, Kriegsverbrechen begangen zu haben: Man könne nicht verstehen, wie vernünftige und ehrliche Leute anders als mit Besorgnis die Auslieferungsforderung der alliierten Regierungen in der Form, wie sie gemeldet wurde, betrachten könnten. Es seien wirksamste Anzeichen dafür vorhanden, daß die drohende Aktion der Alliierten in Deutschland größere Unruhe erzeuge, als alle anderen Maßnahmen, die der Friedensvertrag mit sich gebracht habe. Das Blatt

nk
tatt
bruar 1920.
ige.
heute früh 5
er, Schwieger-
Ernst
laffen.
und Bekann-
e an
geb. Ernst
gerfohn
interliebener.
Uhr.
Febr. 1920.
ng.
er Teilnahme,
leben, unvor-
schwiegerrmutter.
el
twe
ere dem Herrn
Berie und dem
benenden Gesang
nt ans.
hliebener.
4. Febr. 1920.
g.
cher Teilnahme
ten und Vaters
Steinhauer
ent teilnahmen
Herrn Barret
hellen Gesang-
ng sagen bez-
atin
beiden Kindern.
arbeiter =
besuch.
Arbeiter auf Möbel-
inen Hilfsarbeiter,
etwas an den Wa-
arbeiten kann, sucht
Bezahlung
Fr. Gabel,
ch. Möbelschreiner.
Nagold. 565
00 Mk.
te Sticher-
t auf
m. ca.
laßt die
st. 5. Bl.

tritt dafür ein, daß der Gerichtshof aus neutralen Richtern zusammengesetzt werde und daß Männer aller Nationalitäten, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden — und nicht nur Deutsche — vor diesem Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden, denn Deutschland müsse davon überzeugt werden, daß Gerechtigkeit und nicht Rache gesucht werde.

Tages-Neuigkeiten.

Die ernährungswirtschaftlichen Verhandlungen

In Berlin wurden am Mittwoch seitens des Reichswirtschaftsministeriums in einer Versammlung mit den Vertretern der landw. Körperschaften, des Deutschen Städtetages, sowie der großen Verbraucherverbände fortgesetzt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Organisation der Lebensmittelwirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr und mit der Festlegung von Mindestpreisen für landw. Produkte, besonders für Getreide und Kartoffeln. Die meisten landw. Vertreter erklärten sich grundsätzlich für baldigste Freigabe aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns hob hervor, daß für die süd- und westdeutsche Landwirtschaft eine völlige und sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft durchaus unerwünscht sei. Seitens der nördlichen Vertreter wurde den Produzentengesellschaften volle Rechnung getragen, aber die Unmöglichkeit der Versorgung hervorzuheben, falls jede Bewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Die Stadtvertreter wiesen ferner auf die Gefahren der freien Preisgestaltung hin. Gegen die Freigabe der Kartoffeln wurden von den städt. Vertretern erhebliche Bedenken geltend gemacht. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Der Steuerausfluß der Nationalversammlung

begann mit der Beratung des Entwurfs des Landessteuergesetzes. Reichsfinanzminister Grabberger, der zum ersten Mal nach dem Antritt an der Sitzung teilnahm, erklärte u. a.: Der Auffassung, daß die Gemeinden durch das neue Gesetz bedrückt würden, könne er nicht zustimmen. Andere Wege als die in dem Entwurf vorgeschlagenen gebe es nicht. Der Minister wies bei Hervorhebung der Notlage der Gemeinden und Länder darauf hin, daß nach einem Abkommen die gesamten Kosten der Sicherheitswehr in Zukunft zu 80% vom Reich getragen werden. Der Entwurf stelle im übrigen nur ein Provisorium dar und sei in der vorliegenden Form zunächst nur für die Dauer von 3 Jahren gedacht. Inzwischen werde man Gelegenheit haben, Erfahrungen zu sammeln u. werde späterhin, wenn nötig, Änderungen vornehmen können.

Was von Deutschland abhängt.

Amsterdam, 4. Febr. Den englischen Blättern zufolge erklärte der Präsident des britischen Handelsamts, Geddes, in seiner in Plymouth gehaltenen bereits veröffentlichten Rede weiter: Die deutsche Industrie vernichten, diese einen großen Teil Europas bankrott machen und England Märkte nehmen, die bisher einen großen Teil seiner Waren bezogen haben. Wenn Großbritannien die Wiederherstellung Europas verhindert, so würde es in einen Sumpf sinken, aus dem es schwer wieder herausgezogen werden könnte.

Kleine Nachrichten.

Niel, 4. Febr. Die nach Niel zurückkehrenden Scapa Flow Befehlshaber wurden unter gewaltigen Kundgebungen von der zahlreich versammelten Menge begrüßt. Unter Musik u. Gesang vaterländischer Lieder zogen sie nach der Kaserne.

Mailand, 4. Febr. In Vespredung des Textilarbeiterstreikes in Bergamo sagt der „Corriere della Sera“, daß dieser nur das Vorpiel einer weit größeren Bewegung sei. Am 4. Februar laufe der Vertrag zwischen den Industriellen und den Arbeitern in der Textilindustrie ab und es sei wahrscheinlich, daß die 350.000 Arbeiter in dem Ausstand treten würden, um eine ihnen genehme Lösung durchzusetzen.

Kopenhagen, 3. Febr. Litwinoff erklärte dem hiesigen Steuer-Korrespondenten auf die Frage, ob es richtig sei, daß starke russische Streitkräfte an der polnischen und an der rumänischen Grenze zusammengezogen seien, daß Rußland natürlich militärische Maßnahmen getroffen habe, daß es aber sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und seine Heere zu demobilisieren um zur friedlichen Arbeit zurückzukehren. — Litwinoff sagte hinzu, er könne und wolle sich nicht darüber ausdrücken, ob General Brussilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

Paris, 4. Febr. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll der neue Schatzminister Houston erklärt haben, er sei wie sein Vorgänger in Bezug auf die Finanzpolitik Amerikas gegenüber Europa auf dem gleichen Standpunkt. Er scheint entschlossen zu sein, keine neuen Anleihen an die europäischen Staaten zu geben, mit Ausnahme derjenigen, die von der Hungersnot bedroht sind. Man glaubt, daß Wilson diese Politik gut heißen wird.

Bermischtes.

— die neue Rechtschreibung. „gotlib“ singt im „Tag“:

weil kein Schmerz sonst im revir droht,
schreiben wir jetzt, aus papirnot
wi aus forschrit und ästret
neudeutsch streng nach der sonett.
einmal glg, durch die ferhaften
refen kinder zu entlasten;
doch auch file äirre knaben
werden davon forteil haben.
bildungunterschied gerbeicht,
schreibe jeder, wi er spricht!
nichts zwingt nun die neuen reichten
mer, beim schreiben zu erbleichen.
den kein spöttischer krakeler
ragt noch ortografische leter,
da wir doppelkonsonanten?
der feudale demwokal,
sistewol, der war einmal!
schlichtern sing' ich läsern libe,
dennem rum jetzt lischen gij!

gleich den sonstigen größten allen
muß der große buchstab fallen
nur von denen, welche schiden,
sich verdienen gros geschrieben!

die rechtschreibung folgt wi max
regeln eigenen geschmag.
richtichnur hügiens, alle bagel,
sind a. hofman, gustaf nagel.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold den 6. Februar 1920

* **Abkündigung der Lehrerkonferenzen.** Durch eine Verfügung des Kultusministeriums ist im Einverständnis mit der vorläufigen Lehrerkammer angedeutet worden, daß die bisherigen, vorwiegend der beruflichen Fortbildung der Lehrer dienenden allgemeinen und Sonderkonferenzen (letztere für die jüngeren Lehrer) abgekündigt werden. Im Bedarfsfall kann jedoch die Oberschulbehörde die Abhaltung besonderer amtlicher Versammlungen neben der Bezirksschulversammlung anordnen. Die Fortbildung der Lehrer wird der freien Vereinigung in Arbeitsgemeinschaften überlassen, die von der Unterrichtsverwaltung besichtigt und unterstützt werden. Die jährliche Bezirksschulversammlung wird neu geordnet. Der Kreis der zur Teilnahme berechtigten Personen wird erweitert. Aus jeder Schulgemeinde soll mindestens je eines dem Lehrerrat nicht angehörige Mitglied des Ortskulturrats anwohnen. Auch solche Personen, deren Berufstätigkeit mit der Volksschule in näherem Zusammenhang steht, eingeladen werden. Die Teilnahme der Öffentlichkeit an dem Stand und der Entwicklung des Volksschulwesens soll dadurch verstärkt werden.

* **Telegraphen- und Fernsprekdienst.** Vom 10. Februar an sind die bisherigen Einschränkungen in der Dienstzeit der Telegraphen- und Fernsprekanstalten wieder aufgehoben. Die Dienstzeit bei dem Postamt Magold II vom genannten Zeitpunkt an wieder an Werktagen von 8 Uhr VM bis 9 Uhr RM, bei den Poststationen und Telegraphenstellen von 9 bis 12 Uhr VM und 2 bis 7 Uhr RM.

* **Neue Personenwagen.** Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Die württembergische Eisenbahndirektion wird demnächst Personenwagen mit einer neuartigen Anordnung für den Vorkort- und Nachgockelverkehr in Dienst stellen, für den die Einführung des Zweiklassenverkehrs (eine Holzklasse und eine Polsterklasse) geplant ist. Die Einrichtung der letzteren wird der bisherigen 2. Klasse ähnlich sein, die der Holzklasse aber zwischen der heutigen 3. und 4. Klasse stehen oder einer vereinfachten 3. Klasse nahekommen. Die neuen württ. Vorkortwagen sind besonders dafür eingerichtet, daß das für glatte Abwicklung eines Massenverkehrs so wichtige rasche Ein- und Aussteigen und das Ausladen des Pkages im Wagen möglichst erleichtert und geschäftiger Aufenthalt auf den Plattformen ermöglicht ist. Die neuen Wagen kommen an Größe etwa einem neueren zweiklassigen Personenwagen gleich, sie sind mit einem Mittelgang und mit vollständig geschlossenen Plattformen nach Art der D-Zugwagen versehen, haben aber außer den üblichen Eingangstüren an den beiden Enden noch Türen in der Wagenmitte, und zwar die Holzklasse auf jeder Längsseite 2, die Polsterklasse, dem geringeren Fassungsvermögen entsprechend, eine. Die Treppen und Türen der üblichen Bauart an den Vorderenden sind zum Einsteigen bestimmt und tragen darum in großen roten Buchstaben außen die Aufschrift „Eingang“ und innen „Rein Ausgang“. Umgekehrt ist bei den Mittelstüren durch deutliche Aufschriften innen und außen darauf hingewiesen, daß sie zum Aussteigen bestimmt sind. Vielleicht noch wirksamer als durch diese Aufschriften aber dürfte beim Vorkortverkehr die planmäßige Benützung der Ein- und Ausgänge dadurch erreicht werden, daß gegen die Mittelstüren ein geräumiger Platz freigehalten ist, an dem sich stets ein Teil der zu raschem Aussteigen beim nächsten Halt drängenden regelmäßigen Fahrgäste zeitig bereithalten und durch sein Herausstellen den übrigen Aussteigenden den Weg zeigen wird, während die neu zumutenden Reisenden hierdurch auf die anderen Türen hingewiesen werden. Das rasche Ein- u. Aussteigen überdeckt die planmäßige Abfertigung der Güte, insbesondere wenn einmal nach Anlieferung einer genügenden Zahl von Wagen gleicher Bauart ganze Zuganordnungen aus solchen gebildet werden können. Es wird also zum eigenen Vorteil der Reisenden dienen, wenn sie selbst zu ordnungsmäßiger Benützung der Ein- u. Ausgänge beitragen. Je 2 solcher Wagen, bei der Holzklasse einer für Raucher, der andere für Nichtraucher, sind nahe aneinander gekuppelt, wie dies auch bei der Berliner Stadt- und Ringbahn üblich ist, aber abweichend von diesem Vorbild durch einen kurzen ringum geschlossenen Übergang ohne Türen derart miteinander verbunden, daß die Reisenden auch während der Fahrt gefahrlos von dem einen zum anderen dieser Doppelwagen gelangen können. Daß das Öffnen der Türen der Drehkäfen bei den Ein- und den Ausgängen und der Aufenthalt auf den Trittbrettern gefährlich und darum streng verboten ist, sei besonders betont. Die zunächst in Benützung kommenden Wagen der Holzklasse werden vorerst als 4. Klasse beschildert.

* **Aus der Tätigkeit des Kriegswucheramts.** In den Monaten Oktober, November und Dezember 1919 haben die Ueberwachungsbeamten des Kriegswucheramts folgende Mengen an Lebensmitteln und anderem beschlagnahmt: Fleisch u. Wurstwaren 29151 Kilo, Käse 3865 Kilo, Butter 2497 Kilo, Speisefett und Schmalz 1548 Kilo, Mehl 97956 Kilo, Grieß 4249 Kilo, Getreide 172457 Kilo, Kaffee 106107 Kilo, Hülsenfrüchte 16748 Kilo, Kartoffeln 48356 Kilo, Mohrrüben und Raps 2428 Kilo, Zucker 2875 Kilo, Obst 432789 Kilo, Seife 6712 Kilo, Tabak 2089 Kilo, Jenseit 100150 Kilo, Ralf 10950 Kilo, Reiswurstmehl 10240 Kilo, arborierte Zwetschgen 10000 Kilo, Pfeffer 84 Kilo, Süßstoff 12,75 Kilo, außerdem 5258 Stück Eier, 3140 Liter Branntwein, 3787 hektoliter Wein, weiterhin 5750 Kilo Leder im Wert von 123000 M., 219 Stück rohe Häute, 1 Wagon Kalbfelle im Gewicht von 200 Zentnern, 21800 Stück Zigaretten, 214340 Stück Zigaretten, 22 Wagon Zuckerrüben, endlich 101 Stück Vieh, 31 Pferde, 2 Maultiere und 868 Stück Geflügel.

— **Heiterbach, 4. Febr.** (Fortf. v. Vortrag Vinkenheit.) Zunächst handle es sich darum, wieder geordnete Zustände herzustellen. Wenn manche die Schuld am Zusammenbruch der Revolution zuschieben wollen, so bezeichne er das, ohne

die Revolution entschuldigen zu wollen, als Geschichtsfälschung; denn der Zusammenbruch war tatsächlich schon erfolgt, bevor die Revolution zum Ausdruck kam. Schuld war vielmehr die verfehlte Politik der alten Regierung, die zu spät erkannte, was sie einem Volk, das so viel gelitten und gebüht hatte, schuldet (preussisches Völkrecht). Schuld hatte die militärische Oberleitung, die in Misachtung der tatsächlichen Verhältnisse nicht rechtzeitig zum Frieden gedrängt, mit unglaublichem Leichtsinne die Kriegserklärung Amerikas entgegengenommen und die Friedensresolution der Mehrheitsparteien zu unterdrücken sich alle Mühe gegeben habe. Mit der Übernahme der Regierung durch die Mehrheitsparteien hätten diese eine fast übermenschliche Aufgabe auf sich genommen, die zu bewältigen geraume Zeit beansprucht. Auch ein Diktator, wie er von manchen Seiten gewünscht werde, wäre nicht imstande, den verfahrenen Staatswagen von heute auf morgen auf das rechte Geleis zu schieben und mehr Brot, Kohle und Rohstoffe zu schaffen, abgesehen davon, daß ein solcher in unserer Zeit gar nicht möglich wäre. Bei den vor einem Jahr vorgenommenen Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung hat wieder die Sozialdemokratie noch eine andere Partei eine absolute Mehrheit bekommen. So sei es das Gegebene gewesen, daß sich die drei Mehrheitsparteien zusammenschließen haben. Doch man auch das Zentrum dazugewonnen habe, sei richtig gewesen, sonst hätte man es in die Arme der Konservativen getrieben und Anlaß zur Bildung eines schwarz-blauen Blokes gegeben. Die deutsche demokratische Partei habe vermittelnd und die Gegensätze ausgleichend zwischen den beiden andern Parteien. Dann kam der Redner auf die neue Verfassung zu sprechen, die in fünf Monaten fertiggestellt in kurzen programmatischen Sätzen die Richtlinien aufstelle, nach denen der Aufbau der neuen Staatsordnung in demokratischem Sinne geschehen könne. An Hand von einigen Sätzen und Paragrafen zeigte er den Unterschied derselben gegenüber der alten Verfassung. Schon in der Einleitung komme dieser Unterschied deutlich zum Ausdruck. Es liege uns fern, an eine Sonderbehandlung auch nur zu denken. Es sei eine Schande, wenn Untriebe, wie wir sie in Hall Heim (Bayern) und der U. S. B. (Aberland) in letzter Zeit erlebt haben, vorkommen. Wenn das Wahlrecht bis auf das 20. Jahr herunter ausgebeutet wurde, so habe die Jugend auch die Verpflichtung, sich politisch auszubilden und den Versammlungen mehr Verständnis entgegenzubringen. Von größter Bedeutung für einzelne Berufsstände sei der Satz: „Der landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Mittelstand soll gegen widerliche Ausnutzung zu schützen“. Danach sollen volkswirtschaftlich schädliche Großbetriebe auf dem Wege der Enteignung zumunsten des Kleinbetriebs befristet werden. Zum Schluß äußerte er noch aus, daß über Deutschland trotz des Scheiterns Geldüberflusses der Schauen der Armut schwebte. Wir hätten nur die Wahl, entweder vollends in den Zusammenbruch hineinzurennen oder durch doppelte Arbeitsleistung und Einschränkung des Verbrauchs auf die Hälfte des Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch wiederherzustellen und so den völligen Niedergang zu verhindern. Anschließend verdrückte sich Herr Prof. Bauer: „Angold über die Schlußfrage. Um ein einzig Volk von Deutschen“ zu werden, müssen wir lernen in e r s t e r L i n i e D e u t s c h e zu sein, nicht Evangelische oder Katholiken, Arbeiter oder Bauern, Arme oder Reiche. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die Einrichtung der Grundschule und der Simultanschule. So könnten die sozialen und konfessionellen Gegensätze am besten ausgeglichen werden. In betreff der Simultanschule trat er der Ansicht entgegen, als ob man den Religionsunterricht aus der Schule entfernen wolle. Derselbe werde nach wie vor teils von Geistlichen, teils von den Lehrern erteilt. Nur soll kein Zwang ausgeübt werden. Herr Notar Kraus schloß die Versammlung, indem er im Namen der hiesigen Ortsgruppe der D. D. V. den beiden Rednern für ihre interessanten und wertvollen Darlegungen dankte.

* **Wittberg, 6. Febr.** Am Sonntag, 15. Febr., findet hier im Schwarzwalddrahtaus der diesjährige Gantag des Ragold-Turgenaus statt.

Aus dem übrigen Württemberg.

Die Neuordnung des Volksschulwesens.

1 **Stuttgart, 4. Febr.** Die Selbstverwaltung der Volksschule und die kollegiale Schulleitung wird durch eine Verfügung des Kultusministeriums eingeleitet. An allen Schulen mit drei und mehr Lehrern wird anstelle des Lehrerkonvents der Lehrerrat treten, dem eine Reihe von wichtigen Befugnissen zugewiesen ist. Sie betreffen die innere Selbstverwaltung der Schule. Die Ausführung der Maßnahmen steht dem Schulausschuß zu. Alle hauptsächlich an der Schule beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen sind stimmberechtigte Mitglieder des Lehrerrats, die Religionslehrer haben bei Abstimmungen über Gegenstände ihres Unterrichts das Stimmrecht. In großen Gemeinden wird ein Gesamtlehrerrat gebildet. Der Schulausschuß hat die unabhängigen Lehrer zu beraten und zu unterstützen, Unterrichtsbesuche und Eingriffe in die Unterrichtstätigkeit der ständigen Lehrer stehen ihm nicht zu. Der Schulausschuß wird unter angemessener Mitwirkung der Lehrer bestellt. Schulen mit acht und mehr Klassen erhalten den Vorstand auf Grund eines Vorschlags des Lehrerrats durch die Oberschulbehörde zugewiesen. Sie wird den Vorschlag in der weitüberwiegenden Zahl der Fälle berückichtigen. Ebenso wird vom Gesamtlehrerrat der großen Gemeinden der dienstälteste Schulausschuß in Vorschlag gebracht. Diese neuen Maßnahmen bedeuten noch nicht die reine Wahl des Schulausschusses durch den Lehrerrat oder seine Bestellung auf Zeit, aber dennoch einen Riesenschritt im Ausbau der Selbstverwaltung der Schule. Eine weitere Verfügung regelt die Dienstaufgaben des ersten Lehrers in zweiklassigen Schulen.

Die Baustoffnot.

1 **Stuttgart, 4. Febr.** Angesichts der Notlage auf dem Baustoffmarkt und der dauernden Erfolglosigkeit aller Proteste in Berlin dürfte für Württemberg zur Befreiung der Baustoffnot nur die Selbsthilfe in Betracht kommen. Zum Ralf- und Gipsbrennen gehören nicht unbedingt Kohlen. Die Verhute mit Postdionenschieferbrand haben schon längst Ergebnisse gezeigt. Entweder indem dem brennbaren Schiefer der Ralf direkt zugesetzt wurde, oder indem man sich eines



Beihilfensatzung; von erfolgt, bevor und war vielmehr die zu spät erlitten und gebietet und hatte die mit der tatsächlichen gedrängt, mit ungen Amerikas emitten der Mehrheitsgegeben habe die Mehrheitsliche Aufgabe auf Zeit beanspruchte Seiten gewünscht einen Staatswagen zu schreiben und abgeben dach nicht möglich wäre. Wahlen zur weider die Sozialabsolute Mehrheit den, das sich die richtig geüben, wationen getrieben einen Blokes gegen vermittelnd und einen andern Barren Verfassung zu in kurzen prozesse, nach denen in demokratischem inigen Sägen und erleiden gegenüber eitung konnte die- liege uns ferne, sten. Es sei eine all Heim (Wagern) Zeit erlebt haben, auf das 20. Jahr Jugend auch die no den Verlanmen. Von größer der Satz: „Der nische Mittelstand schülen“. Danach be auf dem Wege s befähigt werden. Deutschland trat gation der Armut wieder vollends in er durch doppelte Verbrauchs auf die von und Verbrauch Niedergang zu ver Prof. Bauer ein „einig Volk von n erster Linie oder Katholiken. Ein Mittel zur der Grundschule sozialen und tonischen werden. In schicht entgegen, als Schule entfernen is von Geistlichen, kein Zwang ausge die Verammlung, uppe der D. D. B. ten und wertvollen

15. Febr., findet grige Gautag des

temberg.

ulwesens.

waltung der Volks- rd durch eine Ver- An allen Schulen des Lehrerkonvents a wichtigen Befug- unere Selbstver- Maßnahmen steht ch an der Schule b stimmberechtigte nlehrer haben bei s Unterricht das d ein Gesamtlehrer- unfähigen Lehrer tsbesuche und Ein- ligen Lehrer stehen unter angemessener mit acht und mehr d eines Vorschlags de zugewiesen. Sie nden Zahl der Fälle lehrerrat der großen is in Vorschlag ge- ten noch nicht die den Lehrerrat oder einen Riesenschritt hule. Eine weitere s ersten Lehrers in

er Notlage auf dem siglosität aller Pro- zur Befestigung der acht kommen. Zum unbedingte Kohlen haben schon längst brennbaren Schiefer abem man sich eines

mehrfachen Ofen bedient und den Kalk durch die abge- langte Hitze des brennbaren Posidonienschiefers brennt. Eine Aktiengesellschaft zu diesem Zwecke ist in jüngster Zeit ge- gründet worden. Wenn unsere einheimischen Vaugeschäfte Initiative und Unternehmungslust zeigen würden, indem sie sich einige Gewerkschaftswerte an geeigneter Stelle erstellen, könnte in ganz kurzer Zeit der Kalk- und Gipsmarkt abgehoben sein. Die Einrichtung ist so einfach, daß dies auch in der jetzigen Zeit möglich ist. Maschinen sind ebenfalls sicher zu haben, denn die württ. Zementfabriken kommen nie wieder alle in Gang. Dafür sorgt Berlin und Paris. Es sei be- sonders betont, daß es sich hier nicht um Verluste handelt, sondern um längst bekanntes Wissen. Der Posidonienschiefer fällt allerdings unter das Vergeßte. Da aber die württ. Bergdirektion wiederholt zugelagt hat, daß ohne weiteres Ab- zügen zu solchen Zwecken zu haben seien, so muß sich eben die Bauindustrie auf sich selbst stützen und sich nicht nach fremder Hilfe umsehen. Das zum Bauhaus erforderliche Holz haben wir in Württemberg ja reichlich. Es ist nur zu ver- hüten, daß es durch die von der Forstdirektion zu allen Holz- versteigerungen besonders herbeigerufenen auswärtigen Händler ausgeführt wird. Unser Holz geht weg und fremde Händler bereichern sich damit. Es ist zwar vor kurzer Zeit ein Erlass des Arbeitsministeriums betr. Kontrolle der Holz- ausfuhr erschienen, leider aber hat der Aussch. der die Grundfrage aufstellen sollte, und dessen Vorsch. die Forstdirek- tion führt, sich noch nicht festgelegt. Er wird sich, auch, so- lange die württ. Forstdirektion den Vorsch. führt, zu den un- bedingt notwendigen Entschlüssen nicht durchdringen können. Die Sitzungen fanden, soweit uns bekannt ist, nur ganz un- regelmäßig und viel zu selten statt. Was in einer Sitzung beschlossen wurde, dürfte wahrscheinlich in der nächsten Sit- zung wieder aufgehoben worden sein, denn bis heute ist auf der Eisenbahn ein Nachlassen der Holzaußfuhr nicht zu sehen. Im Gegenteil, die Holzaußfuhr scheint stärker als je zu sein! Der Holzverkauf geht flott vor sich und zwar ohne, daß die württ. Holzhändler einen besonderen Vorteil davon hätten, da wir in Württemberg nur wenig direkt an den Verbrau- cher liefern. Es muß gefordert werden, daß dieser Aussch. nicht unter dem Vorbehalt eines Interessenten tagt, sondern daß ein neutraler Vorsitzender die Verhandlungen leitet und daß auch das Bauhandwerk sich und Stimme bekommt. Soweit überhaupt Holzaußfuhr in Frage kommt, sollte sie nur gegen Rollen genehmigt werden. Will Berlin, das uns vollstän- dig im Stich läßt, darauf nicht eingehen, so gehen die Saar- gruben, in denen außerordentliche Holznot herrscht, umso sicherer auf einen beträchtlichen Vorrat hin. Das System, daß die Forstdirektion, um für sich Holzpreise zu erzielen, und die „Konjunktur“ auszunützen, ihr eigenes Land ruinirt, muß unbedingt aufhören, und hört auch auf, wenn der Aus- sch. die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Nur durch seine Tätigkeit kann auch der Privat- und Gemeindevord, der direkt nur schwer zu fassen ist, zu Leistungen herangezo- gen werden. Grundlag müßte sein: Reinerlei Ausfuhr aus Württemberg solange nicht zu billigem Preis entsprechende Mengen Bauholz für einheimische Bauten angesetzt werden. Also Kalk, Gips und Holz nebst etwas Kohlen wären zu be- schaffen und damit eine Beseitigung der Baustoffnot möglich.

Stuttgart, 5. Febr. Die hungernden Kinder aus Wien, die in Württemberg Aufnahme finden sollen, werden am 12 oder 13. Februar hier eintreffen.

Gödingen, 6. Febr. Hier wurde am letzten Sonnt- ag ein Turnverein gegründet. Zum Vorstand wurde H. B. Büchel, zum Turnwart Briesinger Weising und Goldard Teufel zum Kassier gewählt. Der Turnverein Nagold hat bei der Gründung des Vereins mitgewirkt und einen Grund- stück für die Kasse beigesteuert.

Herrenberg, 4. Febr. Wegen der sich immer mehr ausbreitenden Maul- und Klauenseuche wird der am 17. ds. Mts. in Herrenberg fällige Viehmarkt nicht abgehalten. Dagegen findet der Schweinemarkt statt.

Freudenstadt, 5. Febr. Die kürzlich stattgefunde- ne Amtsoberprüfung bewilligte der hiesigen Stadtgemeinde einen Beitrag von 25% zur Anschaffung einer Autoferen- sdrift u. einer Wadelmaschine, deren Gesamtkosten auf 140 000 M. veranschlagt sind. Dem Antrag auf Beistritt der Amtskörpers- chaft zum Bezirksverband Heimbach Kraftwerk wurde zu- gestimmt. Die auf die Amtskörperschaft Freudenstadt ent- fallenden Planbearbeitungskosten werden auf 30 000 M. geschätzt.

Wildbad, 4. Febr. Nun haben wir es hier auf 5 Ge- langverweise gebracht, schreibt der „Enstalbote“. Wie man hört, wollen der sog. Verein, die U.S.P., die D.D.P., sowie der Fußball-Club, der Geflügelklub, der Wirt- und Schützen- verein ebenfalls Sängerkabarett in ihren Vereinen bilden. Selbst einige Schieber und Schmutzler hielten Besprechungen darüber, einen Gesangsverein „Schied“ zu gründen. In der „Linde“ waren einige Herren beisammen, die in den nächsten Tagen einen Aufruf erlassen werden zum Eintritt in den Gesangsverein „Nummer 13“. Da soll noch einer sagen, in Wildbad sei es im Winter langweilig und man verstehe hier das Wort nicht. „Einigkeit macht stark“!

Neuhausen a. F., 4. Febr. Am 22. Januar wurde auf dem Feldweg nach Unterföhringen die 17 Jahre alte Lucie Balluff von einem unbekannten Mann zur Abgabe von 10 M. Bargeld und einem Paar Handschuhe gedrängt. Als sich dann das Mädchen blühtere, schob der Erpresser der fliehenden wiederholt nach. Die Staatsanwaltschaft Sigmaringen erläßt nach dem etwa 24 Jahre alten Unbekannten ein Fah- nungsausschreiben.

Altschauen, 4. Febr. Die zweitälteste Tochter des Herzogs Albrecht von Württemberg, Herzogin Maria Theresia, folgte ihrem Bruder Herzog Carl Alexander, der in das Benediktinerkloster Beuron vor etwa Jahresfrist eingetreten ist, nach. Sie ging in das Benediktinerinnenkloster in Eßlingen bei Radesheim. Herzogin Maria Theresia ist am 16. August 1898 geboren.

Handels- und Marktberichte.

Von der bayerischen Grenze, 4. Febr. (Wahrsunnige Holzpreise). Bei der Holzversteigerung des Forstamts Güns- burg wurden ungeheure Holzpreise erzielt. Für einen Eichen- holzstamm, der knapp 2 Kubikmeter hielt, wurden 10 000 M. geboten und bezahlt.

Craibshelm, 3. Febr. Pferdemarkt. Dem heu- tigen Pferdemarkt wurden rund 200 Pferde zugeführt. Der

Handel ging lebhaft. Für zweijährige Fohlen wurden 6000 bis 9000 M. für Arbeitspferde 4—12 000 M. bezahlt. Ein Paar Fuchswallachen wurde zu 29 500 M. abgesetzt. Für ein außerordentlich schönes Tier wurden 17 300 M. gefordert. Der Gesamtumsatz wird auf 600 000 bis 700 000 M. geschätzt. Bei der Fohlenprämierung wurden 7 Preise im Gesamtbe- trag von 350 M. verteilt. Der überaus zahlreiche Besuch des Marktes kam außer den Wirtschaftsinhabern auch vielen Geschäftsleuten sehr zu Statten.

Baumwollversteigerung in Bremen. Am 27. Jan. begann in Bremen die Versteigerung der vom Reichswirt- schaftsministerium zur Verfügung gestellten Bestände an Baumwolle, Baumwollabfällen und Linters. Die Versteige- rung war sehr stark besucht mit rund 400 Käufern, Baum- wollspinnern aus allen Teilen des Reichs. Ausländer wurden von der Versteigerung ausgeschlossen. Die mit 35 M. ange- setzte Baumwolle sprang bis auf 80 M. und höher. Amerik. Baumwolle erzielte je nach Qualität 91—108 M. pro Mito, indische 50—81 M. Kurzzeit werden ägyptische Baumwoll- waren versteigert, die bereits 37.74 M. erzielt haben. Ob es besonders klug ist, in jetziger Zeit Baumwollwaren zu ver- steigern, statt der Bevölkerung billige Waren zur Verfügung zu stellen, ist recht zweifelhaft. Denn solche Versteigerungen wirken in vollem Maße preissteigernd auf den ganzen Handel.

Washington, 3. Febr. (Reuter). Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Europa im Jahre 1919 erreichte einen Wert von 5186 Millionen Dollar, wovon auf England 2259 Millionen, auf Frankreich 893 Millionen, auf Italien 443 Millionen und auf Deutsch- land 92 Millionen entfielen. Die Einfuhr von Europa betrug 751 Millionen Dollar. Davon entfielen auf England 309 Millionen, auf Frankreich 124 Millionen, auf Italien 59 Millionen und auf Deutschland 11 Millionen.

Familiennachrichten.

Stabt Nagold.

Geburten: 2. Jan. Otto Reber, Eisenbahnaufw., 1 Sohn; 3. Jan. Rati Reuz, Seifenfabrikarbeiter, 1 Sohn; 7. Jan. Hermann Blum, Schreiner, 1 Sohn; 16. Jan. Wilhelm Schweikle, Wädrermeister, 1 Sohn; 19. Jan. Gottfried Roth, Weidenwädrermeister, 1 Sohn; 19. Jan. Hermann Raaf, Gärtnereibesitzer, 1 Tochter; 20. Jan. Julius Hauber, Tapezier- meister, 1 Sohn.

Eheschließungen: 10. Jan. Bins Bestie, Zwi- frankenwädrer und Karoline Luise Schühle geb. Garr Wdw.; 17. Jan. Emil Röll, Schreiner und Anna Bräuning; 24. Jan. Wilhelm Maier, Oberbrauer von Mannheim und Sofie Maier von hier.

Sterbefälle: 6. Jan. Karl Friedrich Reuz, Seifen- fabrikarbeiters Sohn, 3 Tage alt; 29. Jan. Rati Erwin Reibhammer, Wädrerschuppenarbeiters Sohn, 3 Monate alt. Auswärtige: 16. Jan. Johann Georg Graf, Maurer in Oberjettingen, 46 Jahre alt; 23. Jan. Sofie Morlok geb. Müller, Wädrers Ehefrau in Mödingen, 47 Jahre alt; Julius Reispach, Metzger und Gemeinderat, 49 Jahre alt, Gutingen; Maria Anna Fischer Wdw., 75 Jahre alt; Friedrich Bölle, Amierhändler, Delscheldronn.

Auswärtige.

Theodor Reber, Sattlermeister, 70 Jahre alt, Hoch. Eberhard Hahn, 72 Jahre, Veteran von 1870/71, Seebromm. Georg Fern, Bäcker, 42 Jahre, Erggrube.

Legte Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 5. Febr. In einer Besprechung von Funktionä- ren der Mehrheitsfraktionen wurde gestern abend mitgeteilt, daß die Einberufung der Nationalversammlung durch die Reichsregierung erfolgen werde, falls die Entente auf ihrer Forderung besteht.

Krise in der Reichsregierung?

Berlin, 5. Febr. Der „Volkswacht“ meldet, daß eine Krise in der Reichsregierung eingetreten sei. Mit dem Rück- tritt mehrerer Minister sei zu rechnen.

Die Haltung der Neutralen in der Auslieferungsfrage.

Basel, 5. Febr. Wie die „Information“ aus politisch uninteressierten Kreisen der Schweiz erzählt, teilen sowohl die Schweizerische wie die skandinavischen Regierungen in der Frage der Auslieferung des Grafen den Standpunkt Hol- lands. Zwischen den neutralen Staaten finde schon seit Monaten ein lebhafter Meinungsaustrausch über die Stellung- nahme aller Neutralen gegenüber dem Auslieferungsvorhaben der Alliierten statt.

Die Grippe in Essen.

Berlin, 6. Febr. Laut „Vol. Anz.“ hat in Essen die Grippe stark zugenommen. Gestern wurden 10 Todes- fälle gemeldet.

Milchrieg auch in England.

Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des Vol. Anz. aus dem Haag ist in England ein Milchkrieg ausgebrochen, da die Milchhändler beschlossen haben, den von den Milch- erzeugern geforderten Preis von 2 Schilling 11 Pence für die Gallone nicht zu bewilligen.

Die Stimmberechtigten in Nordschleswig.

Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des Vol. Anz. sind es 1009 745 Stimmberechtigte, die am Dienstag in der ersten Zone über die Zukunft Nordschleswigs entscheiden können.

Eine ganze Stadt vom Sturm vernichtet.

Berlin, 6. Febr. Wie dem „Vol. Anz.“ aus Sibiry be- richtet wird, ist in Nord-Lauenland die Ortschaft Chit- lagon durch einen Orkan hinweggefegt worden. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Heißer Protest gegen die Auslieferung des Großherzogs.

Darmstadt, 6. Febr. Finanzminister Heinrich u. Justiz- minister v. Brentano, letzterer zugleich als Führer der Zen- trumpartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei haben zum Teil in Unterredungen, zum Teil in öffentlichen Kundgebungen Erklärungen abgegeben, in denen sie gegen das wahnwitzige Verlangen der Ausliefe- rung des ehemaligen Großherzogs von Hessen energischen Einspruch erheben.

Die Valutenkrise.
Haag, 6. Febr. „Telegraph“ meldet aus London, daß die Unruhe über das weitere Sinken des Ste- lingskurses in den Vereinigten Staaten von Amerika in London von Tag zu Tag zunimmt.

Rotterdam, 6. Febr. Wie der Rieuwe Courant aus Washington meldet, erklärte Senator Thomas im Senat, der Tiefstand der ausländischen Währung bedrohe die amerika- nische Ausfuhr mit dem Untergange. Thomas kündigte an, daß er nächste Woche einen Antrag betreffend die Schaffung eines Ausschusses um den Wechselkurs ins Gleichgewicht zu bringen, unterbreiten werde.

Der Völkerbund.
London, 6. Febr. (Havas.) Die zweite Session des Völkerbundes wird am 11. Februar in London unter dem Vorsitz von Leon Bourgeois eröffnet werden. Zum Vor- sithenden des Bureaus dürfte Balfour ernannt werden. Die Frage des Saargebiets und die Frage betreffend Danzig werden behandelt und entschieden werden. Die Session wird 3 Tage dauern.

Amtliche Kurse
mitgeteilt von der
Bankhaus Baer & Co., Karlsruhe i. B.

3% Kriegsanleihe	77 1/2	Wagm. El. Akt.	330
4% Württemberg	79	Bachsfahrt	180
4% Bad. Eisen. Rail.	79	Nordb. Lloyd	193
3 1/2% da. cons.	85	Phönix	300
4% Bayern	7v	Bad. Anilin u. Soda-Wkt	605
		Deutsche Rail.-Akt.	405

Doppel Schweiz 100 Franken = M 1700
Holland 100 Gulden = M 8700

Bankhaus Baer & Co., Karlsruhe i. B.
Erledigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Amtliche Bekanntmachungen.
Ausschankpreise für Wein.
Baut Verfügung des Ernährungsministeriums über Wein vom 30. Januar 1920 — Staatsanzeiger Nr. 25 — tritt zu dem in Nr. 230 des Staatsanzeigers vom 8. Oktober 1919 beauftragten Höchstpreis beim Verkauf von Wein der Ernte 1919 ein Zuschlag von 150 M. für den Eimer.
Ebenso sind die Ausschankpreise für Wein in Wein- sowie für Wein früherer Jahrgänge und außer württembergi- schem Wein geändert worden.
Die Ortsbehörden werden ersucht, für ortsobl. Be- kanntmachung der Verfüg. vom 31. v. Mts. einschl. der im nichtamtlichen Teil des Staatsanzeigers Nr. 25 ver- öffentlichten Erklärungen zu sorgen.
Es dürfte sich empfehlen, die Interessenten zur sofortigen Einsichtnahme der Verfügung aus dem Rathaus einzuladen. Den größeren Gemeinden des Bezirks werden übrigens noch Sonderabdrucke angebe.
Die Interessenten werden auf die Wichtigkeit der Verfüg. besonders hingewiesen.
Nagold, den 5. Februar 1920. Oberamt: Nagold.

Beschäftwesen.
Die Zentralstelle für die Landwirtschaft weist darauf hin, daß das wilde Beschälenslassen der Pferde durch nicht pa- tentierte Privatthengste seit dem vorigen Jahr in erhöhtem Maße betrieben werde. Darunter leidet die Förderung ziel- bewusster Pferdezüchtung außerordentlich.
Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, gegen die Ver- wendung von Privatzüchtern, für die nicht ein ord- nungsmäßiges Zeugnis über Zuchttauglichkeit (Beschälpatent) vorliegt, auf Grund des § 10 ff der Beschälordnung in Verbindung mit Art. 38 Pol. Str. Ges. einzuschreiten.
Nagold, den 4. Februar 1920. Oberamt: Nagold.

Bestellungen auf Geflügel-Weichfutter
zu ca. 45 Pfg. per Pfund
Kühen beim Nahrungsmittel- ant gemacht werden. Probe liegt vor.
Nagold, 3. 2. 1920.
Stadtsch.-Amt.

Suche sofort eine gute Milch- Kuh
Dochtschling oder neuemilchig zu kaufen. Offerten mit Alters- u. Preisangaben unter D 561 an die Geschäftsst. d. Gef. einzufenden.

Frauen
verwendet bei Beschälenslassen und Schlingen von Hengsten
Möllers 453
Tropfen
Heller 10 Mark
besten Postrezept
Mif. Rauch
Schmerzmittel
Medico
Kürberg
Karlsruhe, 47.

Lehrverträge
empfiehlt
G. W. Zaiser, Nagold.

Sommersprossen — weg!
Teile jedermann unentgeltlich mit, wie ich meine Sommersprossen beseitigte.
Frau Martha Simon, Frankfurt a. M., M. 10
Schleifach 53.

Textausgaben der neuen Steuergesetze
vorkünftig bei
G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Werk- u. Rohstoff-Genossenschaft Hailerbach

e. G. m. b. H.

I. Generalversammlung

findet am Sonntag, den 15. Februar 1920 nachm. 1/2 8 Uhr im Gasthaus zum „Birch“ hier statt wozu die Genossen eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht pro 1919.
2. Entlastung des Vorstands.
3. Beschlusfassung über Gewinnverteilung.
4. Verschiedenes.

Der Rechenschaftsbericht ist im Geschäftsbüro zur Einsichtnahme der Genossen aufgelegt.

Hailerbach, den 4. Febr. 1920

Vorstand: Aufsichtsrat:

575 R. Raupp, Direktor. Fr. Schuler, Vorsitzender.

Ebhausen.

Bringe folgendes zum Verkauf:

2 schöne vollständige Betten
für Brautleute passend.
1 einzelnes Bett, 1 schöne pol. Kommode, 1 neuen grünen Plüschdiwan, Friedenswarz, darunter ein ein- 2 Schränke, Tisch u. Sessel.
Albertine Barth z. Linde.
Telefon 18.

568

Möhlingen.

2 Braunwallache,
5- und 6-jährig, 1,72 Mtr. groß,
liegt unter jeder Garantie dem Verkauf aus
Johannes Hiller.

591

Walldorf.

Verkaufe 2 gute
Milch = Ziegen
Johannes Kübler.

2 Gockel u. 8 Hennen
Ihr Brut, gut im Futterzustand, nur wegen Platzmangel abzugeben gegen Höchstgebot an die Gesch. stelle des Blattes unter E. 577.

F.C.N.

Sonntag 1/2 8 Uhr 593
Monats-Versammlung
Schwanen-Seal.
Tagesordnung: Platzfrage, Generalversammlung usw. Pünktliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Verloren

einige Mittwoch abend ein **Wagnisch** (Herdetepich), von Nagold bis Altensteig. Abzugeben gegen Verlobung an Wehger Brenner beim „Walldorf“ Altensteig.
Suche auf 1. oder 15. März ein möbl. und ein unmöbl.

Zimmer

mit elektr. Beleuchtung zu mieten. Wenn möglich, in einanderlaufende Zimmer.
Angebote mit Preisangabe an Eugen Haller, Ravensburg, Kapuzinerstr. 2. 580

Wittberg.
Am Samstag den 7. Febr., nachmittags 1 Uhr verkauft die Unterzeichnete in ihrem Wohnhaus einen leichten **guterhaltenen Leiterwagen.**
576 Friederike Ungericht.

Landw. Anzeigen

10-30 Morgen, für sich allein stehend an feiner Fahrstraße gelegen mit leb. und tot. Inventar, vorhandener Elektrizität zu annehmbarem Preise bei baldmöglich. Übernahme von Landwirt zu kaufen gesucht.
Angebote mit genauer Beschreibung, Verkaufspreis, verlangter Anzahlung mit F. 578 an die Geschäftsst. d. Bl. (Es kann auch n. Mühle oder Erde m. Landwirtschaft sein.)



Thirka Backpulver
überall erhältlich

Aufklebadressen

empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhdlg.

Vereinigung der Kriegsteilnehmer Nagold.

Generalversammlung

am Samstag, den 7. Februar 1920 abends 1/2 8 Uhr im Traubensaal.

- Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht, 2) Kassenbericht, 3) Anträge, Verschiedenes, 4) Neuwahlen.

Wünsche usw. zu Ziff. 3 wollen spätestens bei Beginn der Versammlung beim Vorsitzenden angebracht werden. Anschließend Verteilung von Rauchwaren zu ermäßigten Preisen. Vollzähliges Erscheinen erbeten.

584

Der Aussch.

Klein-Bottwar-Hailerbach.

Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Sonntag, den 7. Februar 1920

in das Gasthaus z. „Sonne“ in Hailerbach freundlichst einzuladen.

Gottlob Ehen ♂ **Marie Gutekunst**
Rittermeister ♂ Tochter des
Sohn d. Christoph Ehen ♂ Johannes Gutekunst
Bauer und Weingärtner ♂ Schuhmachermeister
Klein-Bottwar ♂ Hailerbach O.M. Nagold.
O.M. Marbach.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Hochdorf.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 10. Februar 1920

im Gasthaus z. „Traube“ in Hochdorf stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Friedrich Walz || **Emma Jedele**
Bauer, Sohn des ♂ Tochter des
Ang. Walz ♂ Friedr. Jedele,
Weber. ♂ Steinhauer.

581

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Malerlehrling!

Suche aus Frühjahrs einen kräftigen **Jungen**

mit guter Schulbildung, der Lust hat, das Malerhandwerk zu erlernen. 589
Hermann Jäger, Malermstr. Nagold, Leonhardstr. 366.

Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

Waldschütz Bohnet, Ipfelshausen.

Verkaufe eine guterhaltene **Zweispänner**



Viktoriahaife

mit abnehmbarem Bod. 583
Andreas Geige
Efringen O.M. Nagold.

Arbeiter = Gesuch.

Zwei Arbeiter auf Möbel, sowie einen Hilfsarbeiter, der auch etwas an den Maschinen arbeiten kann, sucht bei guter Bezahlung

Fr. Gabel,
560 mech. Möbelschreinerz.

Nagold.

Junge,

der Lust hat, die mechanische Weberei zu erlernen, findet auf Frühjahrs Stelle bei

Wilhelm Kapp,
588

Soeben erschienen:

Neuester Volksschul-Atlas
mit 3.60 Atlas
vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Verf. 1. erst. **Rattenjäger**
klass. 1/2 jähr. 590
prima im Fang.

Fr. Kühne, Wehingen.

Herzliche Einladung.

Vom 8. bis 15. Februar finden im **Gemeindehaus in Ebhausen** **Evangelisationsvorträge**

statt, (Strauß-Liebenzell) wozu jedermann freundlich eingeladen wird. 522

Sonntags: Nachm. 2 1/2 Uhr, abends 1/2 8 Uhr.
Werktags: „ 2 „ „ 1/2 8 „

Hailerbach.

Wirtschafts-Eröffnung und Geschäfts-Empfehlung.

Einer verehel. Einwohnerschaft von Hailerbach und Umgebung teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich den von mir künstlich erworbenen

Gasthof zum „Löwen“
mit Warengeschäft



am Sonntag 8. Februar mit **Konzert der hiesigen Stadtkapelle** eröffnen werde.

Es wird mein Bestreben sein, eine mich beachtende Kundschaft auf das Sorgfältigste und Gewissenhafteste zu realen Preisen zu bedienen. Günstigem zahlreichem Zuspruch lebe ich gerne entgegen. 582

Hochachtungsvoll

Friedrich Schuler.

Ruhiger Herr sucht per sofort oder später ein gut möbl., größeres helles und heizb.

Zimmer

mit elektr. Beleuchtung in gutem Privathaus zu mieten. Wenn mögl., mit voller Pension, aber nicht Bedingung. Offerten mit Preisangabe unter E. A. 579 zur Weiterbef. an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Schreinermeister

spezialisiert sich,

indem Ihr nur einen, höchstens zwei Artikel, in allerhöchster Form in Eiche roh, innen Buche roh, jedoch in guter Ausführung bei Verwendung von gut getrocknetem Holz liefert.
Schränke 140 und 160 cm breit
Bettstellen 200/100 cm
Wachsmöbeln 105/55 cm
Nachtische, alles ohne Glas.
Genauere Angaben der Adressen unter gleichzeitiger Angabe, welcher Artikel und wieviel ungefähr monatlich geliefert wird. Angebote unter „Schlafzimmermöbel 382“ an den Verlag des Gesellschafters.

Junger kräftiger 585	Ausgehämmte Frauenhaare
Pferdeknecht	kauft fortwährend
sucht sofort Stellung.	446 W. Weinstein
Der ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.	Nagold Friseurgeschäft.

Kurse am 5. Februar 1920

mitgeteilt durch die

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Inländische Staatspapiere.	4% Rheininger Hypoth. 104.75
3% Deutsche Reichsanl. 1.-9. Kriegsanl. 77.50	4% Bäck. Hypoth. 100.50
4% dgl. v. 1918 ank. 1923 64.25	4% Rhein. Hypoth. Bk. 105.50
3 1/2% dgl. 57.50	4% Württ. Hypoth. Bk. 106.50
3% dgl. 62.25	3 1/2% dgl. kbb. A-D u. K-N 92.-
3% I. Dtsch. Schatzanl. 99.50	3 1/2% dgl. kbb. ab 1912, 1915 85.50
4% Bod. Anleihe 1900 71.-	4% Württ. Kreditvereln 106.-
4% Hefen 71.-	Verschiedene Obligationen.
3 1/2% dgl. 71.-	4% Stadt Frankfurt a.M. 112.-
4% Württemberg, k. 1915 79.25	4% Stuttg. Stadt v. 1919 98.25
3 1/2% dgl. v. 1875 92.50	4 1/2% dgl. Elektr. Bk. 100.25
3 1/2% dgl. v. 1879/80 70.-	5% Dtsch. Lebens-Gesellschaft
3 1/2% dgl. v. 1881/85 Lit. L-O 61.50	Altien.
3 1/2% dgl. von 1900 (1903 ff.) 60.50	Darmstädter Bank 137.50
3 1/2% dgl. von 1896 57.50	Deutsche Bank 298.-
Wachsbrieft.	Diskontogew. Bk. 206.10
4% Dtsch. Grundkreditbank Gotha 99.50	Dresdner Bank 176.-
4% Frankl. Hypoth. Bk. 93.-	Bod. Anl.-u. Sodofabrik 615.-
4% Frankl. Hypoth. Kreditver. 106.-	Fabr. Grösch. & C. 450.-
	Farbwerke Höchst 400.-
	Jungbros. & Co. Schramm 400.-
	Deimler Motoren 430.-
	Chlinger Maschinenfabrik 330.-

(550)